

Brauchen wir eine »Stiftung Psychiatrie-Test«?

Über die Diskussionsveranstaltung der Stiftung für Soziale Psychiatrie zur DGSP-Jahrestagung

VON ILJA RUHL

Traditionell richtet die Stiftung für Soziale Psychiatrie am Vorabend der Jahrestagung eine Veranstaltung aus. Christian Nieraese, Geschäftsführer der Stiftung und Organisator der beliebten Veranstaltungsreihe, wurde zu Beginn mit einem Geburtstagsständchen geehrt. In diesem Jahr war passend zum Thema der Jahrestagung zu einer Podiumsdiskussion eingeladen worden: »Wie gehen wir angemessen mit Missständen in psychiatrischen Institutionen um – wahrnehmen, resignieren, wegschauen oder aufschreien?«. Der leider durch Nebengeräusche beeinträchtigte Veranstaltungsraum war komplett gefüllt, was vermutlich vor allem dem im Programm angekündigten (und wegen Erkrankung fehlenden) Günter Wallraff zu verdanken war. Er hatte mit den Berichten über Undercover-Aktivitäten des Teams Wallraff in psychiatrischen Einrichtungen für Diskussionen in der Szene gesorgt.

Aufgrund des plakativ gewählten Veranstaltungstitels kamen die Diskutanten nach einer kurzen Vorstellungsrunde schnell auf die neuralgischen Punkte zu sprechen. Ausführlich wurden die Begriffe Misshandlung, Missbrauch und Missstand unterschieden und thematisiert, teilweise illustriert mit drastischen Beispielen. Vor allem Margret Osterfeld, Psychiaterin und Mitglied der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter und Misshandlung, berichtete mit großer Empörung von Einzelfällen und forderte juristische Konsequenzen.

Engagierte Statements

Welche dramatischen Folgen das Wegschauen haben kann, zeigt das Beispiel des Whistleblowers Martin Porwoll. Er schilderte, wie er einen Medikamentskandal als leitender Mitarbeiter einer Apotheke aufdeckte. Über einen langen Zeitraum wurden dort unterdosierte Medikamente gegen Krebs verkauft, ohne dass die zuständigen Behörden das bemerkt haben. Früh wurde in der Diskussion deutlich, dass auch bei psychiatrischen Einrichtungen die Kontrolle durch Fach-

und Prüfbehörden allein nicht ausreicht. Petra Rossmanith leitet die in Berlin ansässige bundesweit einzige hauptamtlich finanzierte unabhängige Beschwerdestelle und berichtete von ihrer Arbeit. Die hohe Anzahl an Anfragen und Beschwerden zeige, wie wichtig Beschwerdestellen seien, an die sich Betroffene wenden könnten. Aber auch Mitarbeiter psychiatrischer Einrichtungen hätten in ihrer Arbeit häufig ein Störgefühl und Unklarheit über mögliche rechtliche Grenzen und benötigten Beratungsangebote außerhalb der Einrichtungen, in denen sie beschäftigt sind.

Besuchskommissionen, beklagte Margret Osterfeld, kämen häufig angekündigt, die Besetzung der Kommissionen reiche nicht aus, um mit einer ausreichenden Anzahl von Patienten zu sprechen. Petra Rossmanith gab zu den Besuchskommissionen, die sie grundsätzlich begrüße, zu bedenken, dass über diese wenig bekannt sei, es zu ihnen keine Forschung gebe und sich jede Besuchskommission nach eigenen Regeln konstituiere. Das habe einige Vorteile, aber auch den Nachteil, dass meist nicht auf das Wissen erfahrener Besuchskommissionen zurückgegriffen werde. Zudem sei nicht einheitlich geregelt, wie dann von den entsprechenden behördlichen Fachaufsichten mit Missständen, die durch Besuchskommissionen aufgedeckt werden, umzugehen sei.

Kontroverse Diskussion

Durch die frühe Öffnung für Beiträge aus dem Publikum nahm die Diskussion erfreulicherweise an Fahrt auf. So wollte dann auch eine ZuhörerIn die teils kritischen Wortbeiträge vom Podium zu den Besuchskommissionen nicht unkommentiert stehen lassen und betonte deren Unabhängigkeit und Eigenverantwortung bei der Ausgestaltung der Prüfungen in den Einrichtungen. Die Kommissionen entschieden selbst darüber, wie viel Zeit man sich nehme, mit wie vielen Patienten man spreche und welche Maßnahmen noch ergriffen würden, damit der Besuch einer Einrichtung nicht zur Kaffeefahrt werde.



Christian Nieraese, Geschäftsführer der Stiftung

Anke Hinrichs, Chefredakteurin des »Eppendorfer«, schwebt eine »Stiftung Psychiatrie-Test« in Anlehnung an die »Stiftung Warentest« vor, die schnell zu gründen sei, ohne eine lange Arbeitsgruppenphase im Voraus. Dr. Joachim Brandenburg vom »Netzwerk 01 Psychiatrie-Erfahrene Köln & Umgebung« ergänzte diesen Vorschlag mit dem Hinweis, dass die Teilnehmer dialogischer Gruppen auf lokaler Ebene durch die Stiftung eingesetzt werden könnten. Margret Osterfeld reichte eine Stiftung, die von außen prüft, nicht aus, sie schlug deshalb vor, dass sich Personen absichtlich einweisen lassen müssten, um ungefilterte Erkenntnisse über Missstände zu gewinnen. Jann E. Schlimme, der im Fernsehbeitrag des Teams Wallraff als kritischer psychiatrischer Experte fungiert hatte, meldete sich mit dem Hinweis aus dem Publikum, dass ein Umdenken im System notwendig sei, das neben einer Fehlerkultur seitens der psychiatrischen Einrichtungen die Partizipation der Patienten erfordere.

Dass das Aufdecken von Missständen durch Undercover-Journalisten und die anschließende mediale Verwertung dieser Erkenntnisse nicht unproblematisch sei, merkte eine niedergelassene Psychiaterin aus dem Publikum an. Sie kannte einige der Patienten aus dem Wallraff-Beitrag und berichtete von Dekompensation und Traumata, weil der klinische Schutzraum durch die Reporter betreten wurde. Auch zweifelte sie die Objektivität



Die Diskussionsteilnehmer Joachim Brandenburg, Anke Hinrichs, Martin Porwoll, Petra Rossmannith, Margret Osterfeld mit Moderator Ralph Erdenberger

der Reportage an. An dieser Stelle hätte man sich eine Erwiderung von Günther Wallraff gewünscht.

Petra Rossmannith nannte die Berliner Rütli-Schule, die 2006 wegen eines Brandbriefs, in dem Lehrer die Schüलगewalt anprangerten, in die Schlagzeilen geraten war, als ein gelungenes Beispiel für einen Reformprozess, der sowohl von den Mitarbeitern als auch mittels Öffentlichkeit angestoßen und in einem überschaubaren Zeitrahmen umgesetzt wurde. Öffentliche Berichterstattung über bestehende Schief lagen müsse, um wirksam zu sein, nicht reißerisch oder entblößend sein. Einig waren sich Publikum wie Podium darüber, dass eine breite Öffentlich-

keit geschaffen werde müsse, ähnlich der Berichterstattung infolge des Buchs von Frank Fischer, der 1969 von seinen Erfahrungen als Hilfspfleger in verschiedenen psychiatrischen Kliniken berichtete. Weitere Wortmeldungen aus dem Publikum nannten die Wichtigkeit der externen Supervision als Kontrollinstanz, die Rückmeldung ehemaliger Patienten an die Klinik, in der sie behandelt wurden, und Behandlungskonzepte wie StäB und Soteria, die leider in vielen Kliniken dem Spar-Diktat kaufmännischer Leitungen zum Opfer fallen würden.

Die thematische Einbettung der Veranstaltung in das Tagungsprogramm war ein kluger Schachzug. Der Abend

ließ sich für die Zuhörer mit dem guten Gefühl beenden, dass offengebliebene Fragen auf der Jahrestagung womöglich beantwortet werden würden. Besonders hervorzuheben ist die professionelle Moderation durch Ralph Erdenberger, der auch Situationen, die verbal zu eskalieren drohten, charmant, aber nachdrücklich entschärfen konnte. Er machte zudem aus seiner eigenen Betroffenheit als Sohn einer psychisch erkrankten Mutter keinen Hehl und gab sich vielleicht deswegen erfreulicherweise nicht mit einfachen Antworten in der Diskussion zufrieden. ■

Ilja Ruhl, Soziologe und Sozialarbeiter, Berlin, Mitglied der Redaktion der »Sozialen Psychiatrie«

Mehr Personal für die Psychiatrie – doch das ist nicht alles

Bericht über das Symposium »Gute Psychiatrie braucht gute Personalbemessung – und zwar jetzt« auf der DGSP-Jahrestagung

VON THOMAS R. MÜLLER UND PATRICK NIESWAND

Auf dem zur DGSP-Jahrestagung veranstalteten Symposium gaben fünf Expertinnen und Experten ihre Einschätzung zu der ab 1. Januar 2020 gültigen neuen Personalbemessungsrichtlinie.

Es hat sich eingebürgert, dass vor Beginn der DGSP-Jahrestagungen auf einem Symposium ein aktuelles und relevantes Thema der Sozialpsychiatrie dargestellt und diskutiert wird. In diesem Jahr fand die neue Personalbemessungsrichtlinie das Interesse von mehr als 120 Teilnehmern. Nach der Begrüßung durch die Vorsitzende des geschäftsführenden Vorstandes

der DGSP Christel Achberger erläuterte Moderator Patrick Nieswand, stellvertretender Geschäftsführer der DGSP, dass im Rahmen des Symposiums die im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) erarbeitete und seit Anfang Oktober bekannte Richtlinie zur Personalausstattung aus verschiedenen Perspektiven betrachtet und bewertet werden soll.

Nicht bedarfs- und leitliniengerecht

Als erste Referentin sprach Gisela Neunhöffer, Fachreferentin Psychiatrische Einrichtungen der ver.di. Die Gewerkschaft beurteilt die aktuelle Versorgungssituation in der Psychiatrie als sehr kritisch.

Neunhöffer verwies dabei auf das im September 2019 von ver.di erstellte Versorgungsbarometer, nach dem die psychiatrischen Kliniken beim Personal am Limit seien. Dem Auftrag des Gesetzgebers, für eine leitliniengerechte Personalausstattung zu sorgen, wird die verabschiedete Richtlinie aus ihrer Sicht nicht gerecht. Die Verantwortung für eine gute Personalausstattung würde stattdessen in die lokalen Budgetverhandlungen verschoben. Neunhöffers Fazit: Die Richtlinie ist nicht bedarfs- und leitliniengerecht. Daher rief die Gewerkschaftsvertreterin dazu auf, die Petition des Bundesverbandes der Angehörigen psychisch kranker Menschen e.V. (BAPK) zu unterstützen. (1)